

„Mehr mit den Bürgern zusammenarbeiten“

Michael März, Brühlstraße, Steinbach, reagiert auf den Leserbrief von Bürgermeister Josef Hoffmann, Winnweiler, Ausgabe 25. Juli, „Gute Gründe für Raststätte“.

„Abermals enttäuscht von den Äußerungen und von der mangelnden Zusammenarbeit des Bürgermeisters Hoffmann mit seinen Bürgern, möchte ich folgendes feststellen: Trotz besseren Wissens behauptet Herr Hoffmann in dem Leserbrief vom 25. Juli, die Gemeinde Steinbach hätte gegen den Standort keinen Einspruch eingelegt. Dies ist eine Verschleierung der Entwicklung.

Beim Erörterungstermin mit den Behörden wurde Herr Hoffmann von den Vertre-

tern der Gemeinde Steinbach gebeten, sich als Verbandsbürgermeister im Namen Steinbachs für eine Verschiebung einzusetzen. Stattdessen brachte er seine Interessen vor.

Im Gegensatz dazu hatte sich die Interessengemeinschaft A 63 sehr wohl mit den Interessen der CDU-Kreistagsfraktion beschäftigt, und nicht zuletzt unter Berücksichtigung dieser Interessen wurde nach langer Diskussion mit Bürgern, Gemeinderäten, Mitgliedern des Bundes Natur und Umweltschutz ein Verlegen auf 19 Kilometern gefordert, auf einen Platz, wo die geringsten Schäden zu erwarten sind und doch ein eventueller Vorteil für den Donnersbergkreis bleibt.

Aber auch die Gemeinde Steinbach war für eine Zusammenarbeit. Sie wollte die Interessen des Herrn Hoffmann nicht gefährden und zog ihren erstmaligen Einspruch zurück. Sie sprach sich für eine Verlegung des Rastplatzes aus.

Ortsbürgermeister E. Becker hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß sich die Gemeinde hinter die Interessen der Bewohner der Brühlstraße stelle. Nach der Äußerung von Herrn Hoffmann in der RHEINPFALZ ist anzunehmen, daß er dies überhört hat.

Schon vor dem Erörterungstermin war Gelegenheit, die Argumente der vom Lärm und Schutz Betroffenen kennenzulernen. Die Interessengemeinschaft Brühlstraße hatte in der RHEINPFALZ zu einem Diskussionstreffen eingeladen; es war jedoch niemand erschienen, der den Rastplatz am Rande von Steinbach befürwortet hätte. Deshalb fordere ich den Politiker Herrn Josef Hoffmann auf, mehr mit den Bürgern zusammenzuarbeiten.

Am Nachmittag des Erörterungstermins (mit den Bürgern) fiel den Anwesenden auf, daß Herr Hoffmann, der sich für ein Rastplatz bei Steinbach einsetzt, nicht anwesend war. Ich bitte die CDU, auch im Namen der Interessengemeinschaft A 63, das parteipolitische Durchsetzungsvermögen jetzt nicht vor die sachliche Auseinandersetzung zu stellen, die die Interessengemeinschaft mit den zuständigen Sachbehörden führt.

Hier noch zwei Hinweise für langfristige zukunftsweisende Politik: 1. Statt eines Einsatzes für Arbeitsplätze mit ungelerten Kräften und Putzfrauen im Falle eines Tank- und Erfrischungsdienstes sollte man sich einsetzen für Firmen mit einer Reihe von qualifizierten Arbeitsplätzen.

2. Da das Auto mit der zu erwartenden Energiekrise bald nur noch einer privilegierten Schicht zur Verfügung steht, erwarten wir, daß die Politiker auch für einen zukunftsweisenden Nahverkehr ein-

setzen. Ich möchte hier ein Beispiel zur Diskussion stellen. Der Zustrom der Inter-city-Züge zeigt, daß schnelle Verbindungen Menschen veranlassen können, die Bundesbahn zu bevorzugen. Zusätzlich würde die Rentabilität steigen bei einer Verlagerung des Güterverkehrs über 100 Kilometer auf die Schiene. Zu einem Verbot auf der Straße gehören jedoch mutige Politiker.

Das sind Gedanken, die der Interessengemeinschaft A 63 bei der Diskussion über die zu erwartenden Lärm- und Emissionsschäden gekommen sind. Mit Interesse würden wir die Antwort der Politiker hören.“